

Koray Yılmaz-Günay & Salih Alexander Wolter:

Pink Washing Germany? Der deutsche Homonationalismus und die «jüdische Karte»

Die Party und der Holocaust

Wie in der gesamten «westlichen» Welt wird auch in Berlin in jedem Juni *Gay Pride* zelebriert. Der «offizielle» Christopher Street Day (CSD) ist *das* Großereignis der schwul-lesbischen Community in der deutschen Hauptstadt, an dem neben landes- und bundespolitischer Prominenz neuerdings sogar die Botschafter der USA und Großbritanniens teilnehmen. Als die Parade 2012 auf ihrem Weg zum Brandenburger Tor am Denkmal für die ermordeten Jüd_innen Europas vorbeizog, stellten die Discotrucks aus Respekt vor den Opfern des deutschen Genozids an den europäischen Jüd_innen kurzzeitig die Musik ab. Obwohl «die Stimmung während Umzug und Abschlusskundgebung toll» gewesen sei, verzeichnete später auch das queere Stadtmagazin *Siegessäule* an diesem Punkt «vereinzelte Kritik» und zitierte stellvertretend aus der Menge der «rund 700.000 Teilnehmenden» eine Konstanze, die fand: «Die Stille macht zwar Sinn, hat aber ein bisschen die Party gekillt.» (Sauer 2012) Anders hatte es wenige Stunden nach der Veranstaltung jemand unter dem Nick «Eigentlich 22» auf der Website der *tageszeitung* (taz) festgehalten: «Da ging das Gegröle los: ‹Scheiß Juden! Juda verrecke! Waren doch nur drei Millionen!› (Es waren mehr, aber so wurde es gerufen).» (Wösch 2012)

Der User-Beitrag war notgedrungen als Kommentar zu einem Interview gepostet worden, in dem am Morgen der Parade eine Funktionärin des Lesben- und Schwulenverbandes in Deutschland (LSVD) Auskunft über die aktuelle Homosexuellenverfolgung im Iran gegeben hatte. Den habe sie selbst zwar 1977 noch vor der Ausrufung der «Islamischen Republik» verlassen, doch sei sie auch in Berlin schon von «Menschen mit muslimischer Herkunft [...] als Lesbe beschimpft und bespuckt» worden (ebd.). Darunter begann die Schilderung von «Eigentlich 22» fast entschuldigend: «Ich weiß nicht, an welcher Stelle ich das einbringen soll, da ihr ja eigentlich nicht in klassischer Form über den CSD berichtet. Dennoch möchte ich in irgendeiner Form veröffentlichen, was ich heute erlebt habe.» (Ebd.)

Tatsächlich bringt die taz zum Berliner CSD Jahr für Jahr Artikel mit einer eher global-strategischen Perspektive auf das lokale Geschehen. So erinnerte das Blatt am Vorabend des Umzugs 2010 angesichts einer angeblich steigenden

Zahl von Übergriffen junger Männer «mit Migrationshintergrund» auf Besucher des schwulen Amüsierviertels im Stadtteil Schöneberg an das Schicksal einer anderen «Minderheit», die «es stets verstand, Nischen zu suchen – am Ende wurde sie doch zum Opfer. Ihre Selbstermächtigung trägt den Namen Israel.» (Reichert 2010) Recht deutlich wurde dem heimischen Homokiez die Wehrhaftigkeit des jüdischen Staates im ansonsten ja mehrheitlich muslimischen Nahen Osten als Vorbild empfohlen: «Man verfügt über Atombomben, und seitdem kann diese Minderheit nicht mehr mit Sympathie rechnen. Sie braucht aber auch kein fades Mitleid mehr.» (Ebd.) Weder die immerhin registrierte «nicht mehr wegzudiskutierende Türkenfeindlichkeit» (ebd.) von weißen Schöneberg-Schwulen noch die «Empowerment»-Ausbürgerung aller deutschen Jüd_innen nach Israel konnte in solcher Sichtweise noch irritieren.

Wenn sich aber hartnäckige Gegebenheiten scheinbar gar nicht ins Welt-Bild fügen, müssen sie als Randerscheinungen abgetan oder, noch besser, an die «andere Seite» delegiert werden. Entsprechend schoss man sich im weiteren Verlauf des taz-Threads zur Iran-Story, in dem übrigens niemand den Bericht von «Eigentlich 22» anzweifelte, nach abwiegelnden Floskeln («Schwule sind eben auch nur Menschen») schnell auf die kleinere linke Alternative zur Parade im Regierungsviertel ein, den transgenialen CSD (TCSD), der wie immer mit einer Kundgebung in der Oranienstraße in Berlin-Kreuzberg endete. «Wenn der transgeniale CSD eine feste Konstante hat, [...] dann ist es der dezidierte Antizionismus. Und da steigen dann auch gern die türk/arabisch/kurdischen Staubfänger aus dem Hinterhof in die O-Straße», hetzte ein User und wunderte sich, warum «Judith Butler [...] nicht von den Kreuzbergern eingeladen wurde, um mal wieder Hamas und Hisbollah als <soziale, revolutionäre> Bewegung zu verharmlosen». (Wösch 2012)

Die US-amerikanische Philosophin, die den Zivilcourage-Preis des Berliner CSD 2010 zurückgewiesen hatte, unter anderem um gegen die «Komplizenschaft mit [dem ...] antimuslimischen Rassismus» (Butler 2010) der in der Stadt tonangebenden Homo-Organisationen zu protestieren, erhielt 2012 den Frankfurter Theodor-W.-Adorno-Preis, was hierzulande bei Zeitungs- und Blog-Kommentator_innen weit im Vorfeld auf verbreitete Ablehnung gestoßen war. So beschuldigte ein Wortführer «israelsolidarischer» Publizistik die weltberühmte Philosophin, die mit Bezug auf den Nahost-Konflikt einmal bekannt hatte, sich «als Jüdin [...] gegen Unrecht aussprechen und für das gefährdete Leben von Juden wie Nichtjuden einsetzen» zu müssen (Finger 2008), der Werbung «für die Eingemeindung diverser islamistischer Antisemitentrupps in die globale Linke» (Osten-Sacken 2012).

Anlass zu Besorgnis sahen einige Print- und Netzmedien ebenfalls in einem Workshop, den zwei in Berlin lebende jüdisch-israelische Queer-Aktivist_innen im Rahmen des TCSD 2012 angeboten hatten: Unter dem Titel «Pinkwashing Israel» erläuterten sie, wie die Regierung ihres Landes die ihr abgetrotzten Homorechte in der Außendarstellung benutze, um ihre rassistische Innen- und die Besatzungspolitik zu legitimieren. Vermutlich, um niemanden darüber zu täuschen, dass solche Analysen «der neueste Kniff aus der antiisraelischen Propagandakiste» seien, verzichtete die der Veranstaltung gegenüber besonders kritische Wochenzeitung *Jungle World* konsequent darauf, die Herkunft der Referent_innen zu erwähnen (Ströhlein 2012). Das Verhältnis zum Staat Israel ist – unabhängig vom «pro-» oder «antizionistischen» Selbstbild der Diskutierenden – wie kaum ein anderes Thema zum Gradmesser für innerdeutsche und insbesondere auch innerlinke Debatten um die Nation und Zugehörigkeit geworden. Die Frage, wie es «den» Homosexuellen in Israel geht, zählt dabei zunehmend zum Kernbestand sowohl von «Pink Washing» als auch der entgegenstehenden «Pink Watching»-Bewegung. Wie sehr die Figur «der Jüd_innen» in Deutschland für Gefechte um ganz anderes instrumentalisiert wird, ist nicht zuletzt in der deutschen Debatte um Beschneidungen deutlich geworden, wo vor lauter Auseinandersetzungen um «Universalismus» vs. «Kulturrelativismus» ganz in den Hintergrund getreten ist, dass es sich dabei um ganz herkömmliche Menschen handelt, die ein Eigenleben jenseits ihrer Funktion im offenbar nicht-jüdischen deutschen Kollektiv führen.¹

«Eine Taktik der nationalen Schwulenbewegung»

Es ist im «aufgeklärten» bundesdeutschen Diskurs zum Gemeinplatz geworden, Homophobie und Antisemitismus in einem Atem zu nennen, wobei der gemeinsame Bezugspunkt in der Verfolgung während der Nazizeit gesehen wird. «Ähnlich wie gegen die Juden, wenn auch in kleinerem und die Öffentlichkeit wenig berührendem Maße, ging die SS gegen die Homosexuellen vor», heißt es dazu in Eugen Kogons erstmals 1946 erschienenem Standardwerk über das System der deutschen Konzentrationslager, und zwar «möglicherweise gerade weil die Homosexualität in den Kreisen des preußischen Militärs, der SA und der SS selbst ursprünglich stark verbreitet war, so dass sie rücksichtslos geächtet und ausgerottet werden sollte». (Kogon 2004: 284) So stellten die als homosexuell² klassifizierten KZ-Gefangenen etwa in Buchenwald unter denen, die zur Ermordung abtransportiert wurden, «im Verhältnis zu ihrer Anzahl den höchsten Prozentsatz»; auch die Menschenversuche zur «Behebung der Homosexualität» durch SS-Mediziner spricht der christliche Antifaschist an (ebd.: 284f.). Doch während diese Fakten

– anders als die Zahl der Opfer³ – in der internationalen Forschung unumstritten sind, unterstreichen Burkhard Jellonek und Rüdiger Lautmann in ihrer Einleitung zu dem Sammelband «Nationalsozialistischer Terror gegen Homosexuelle» schon 2002, dass die meisten ausländischen Fachleute der Behauptung vieler einheimischer Autoren entgegengetreten, der Homosexuellenverfolgung im Dritten Reich komme «ein Sondercharakter zu, so wie ihn die sogenannte Endlösung der Judenfrage im Vergleich zu den geläufigen Antisemitismen aufweist». (Jellonek/Lautmann 2002: 12)

Den Hintergrund für den «strategischen Gebrauch der Parallele Holocaust/Homocaust [...] als eine Taktik der nationalen Schwulenbewegung» (ebd.: 13) bildete die rechtliche Situation nach der Befreiung vom Faschismus. Der nach der deutschen Reichsgründung aus dem preußischen Recht übernommene Paragraph 175, der Homosexualität unter Männern kriminalisierte, war von den Nazis 1935 verschärft worden. Während in der DDR zunächst der ursprüngliche Paragraph zurückkehrte und dann 1957 ein Strafrechtsänderungsgesetz in Kraft trat, das die faktische Aufhebung der Strafbarkeit für Homosexualität unter erwachsenen Männern bedeutete, wurde in Westdeutschland die NS-Fassung beibehalten und noch 1957 vom Bundesverfassungsgericht als in den sittlichen Anschauungen des Volkes gründend bestätigt – es handle sich dabei um kein spezifisch nationalsozialistisch geprägtes Recht. Etwa 50.000 der insgesamt rund 100.000 im Westen eröffneten Verfahren gegen sogenannte 175er endeten mit einer Verurteilung (vgl. Bluhm 2012). Die Verurteilten waren nicht selten auch weiterhin barbarischen medizinischen Eingriffen ausgesetzt (vgl. Voß 2013: 42-46). Um gegen die fortgesetzte antischwule Gewalt von Staats wegen zu argumentieren, galt es «die» Schwulen als vergessene Leidtragende des deutschen Faschismus darzustellen (vgl. Bochow 2011: 85). «Das Schicksal der Verfemten. Die Verfolgung der Homosexuellen im <Dritten Reich> und ihre Stellung in der heutigen Gesellschaft» lautete ein Buchtitel von Harry Wilde aus dem Jahr 1969, und auch noch Hans-Georg Stümke und Rudi Finkler ging es 1981 darum, Schwule insgesamt möglichst nah an die Jüd_innen als die anerkannten Opfer des NS-Rassenwahns zu rücken: *Rosa Winkel, rosa Listen. Homosexuelle und «Gesundes Volksempfinden» von Auschwitz bis heute.*

Allerdings urteilt zum Beispiel John C. Fout – der für mehrere deutsche Großstädte den bis zum Ende des Faschismus durchgehenden Betrieb von Schwulenbars feststellte und für Hamburg übrigens ermittelte, dass 50% der als «homosexuell» verfolgten Männer NSDAP-Mitglied waren –, es habe im Vergleich zur Schoah «trotz der Konzentrationslager, trotz der Ermordung von Schwulen in der NS-Zeit nie eine totale Ausmerzungen der Homosexualität und keine systematische Verfolgung der Schwulen gegeben» (Jellonek/Lautmann

2002: 169). Was die ideologischen Grundlagen angeht, bemerkt Heinz-Jürgen Voß, dass in Nazi-Deutschland «gerade nicht prominent von der Erbllichkeit von Homosexualität ausgegangen wurde, wie es vor dem Hintergrund der dort geführten ‹Rassen›- und ‹Degenerations›-Diskurse zu erwarten wäre.» (Voß 2013: 29; vgl. Grau 2011) Vielmehr ging es den Nazis, wie James D. Steakley resümiert, bei der Verfolgung von Homosexuellen – die «nicht restlos zusammengetrieben, sondern nur selektiv gefangengenommen» worden seien – um die «Umerziehung zur Heterosexualität oder zumindest sexuellen Abstinenz». Das unterscheide sie «grundsätzlich von der NS-Judenverfolgung, die bis auf den letzten Mann, die letzte Frau, das letzte Kind durchgeführt werden sollte» (Jellonek/Lautmann 2002: 66). Der Verhaltens-Aspekt wird durch den Namen der zuständigen Verfolgungsbehörde «Reichszentrale zur Bekämpfung der Homosexualität und Abtreibung» zusätzlich unterstrichen.

Für Steakley ist es ein gefährlicher politischer Mythos, wenn «schwule Meinungsmacher» homosexuelle Männer gelegentlich sogar «als die primäre Zielgruppe der nationalsozialistischen Ausmerzungskampagne» erscheinen ließen, denn damit «spielten sie den faschistischen Rassenwahn herunter und stellten die Homophobie als das entscheidende Movers der NS-Bewegung hin» (Jellonek/Lautmann 2002: 63). Es muss also differenziert werden – nicht zwischen Opfern des Nazi-Terrors, wohl aber zwischen nicht-jüdischen deutschen Schwulen. Die Mehrzahl gehörte «genau wie die anderen deutschen Männer und Frauen zu den willigsten Untertanen und Nutznießern des Nazistaates» (Jellonek/Lautmann 2002: 65).

Die Kunst der Aneignung

Zwar gab es in der neuen Schwulenbewegung, die sich in der Bundesrepublik bildete, nachdem es dort 1969 ebenfalls zu einer gesetzlichen Lockerung gekommen war, Ansätze für ein differenzierendes Geschichtsbild. Vereinzelt begann man sich auch kritisch mit den Aktivisten früherer Generationen zu beschäftigen und entdeckte, dass es unter ihnen Vertreter völkisch-antisemitischer Tendenzen gegeben hatte (vgl. Nieden 2005). Manfred Herzer, einer der Mitbegründer des Schwulen Museums Berlin, fasste zur großen westberliner Ausstellung «Eldorado» von 1984 den Stand dieser Auseinandersetzung so zusammen:

«So richtig es zweifellos ist, die Nazizeit als eine Periode extremster Verfolgung und Repression gegen Homosexuelle anzusehen, so falsch ist es doch, sich mit dieser Erkenntnis als

der vermeintlich ganzen Wahrheit zu bescheiden. Die Komplexität des Verhältnisses zwischen Hitlerfaschismus und Homosexualität ist heute nicht annähernd so weit erforscht, um es verstehbar erklären zu können.» (Herzer 1992: 47)

Indes wurde gerade für die linken «Bewegungsschwestern» der «Rosa Winkel» der als homosexuell klassifizierten KZ-Häftlinge zum Symbol allgemeinen schwulen Selbstbewusstseins (vgl. Bochow 2012: 87).

Still blieb und bleibt es dagegen in schwulen Anerkennungskreisen um die Gruppen, die der «Erbgesundheit» zum Opfer gefallen sind, oder um Roma und Sinti, um Slaw_innen, um «Asoziale» und Deserteure, um Gewerkschafter_innen, Sozialist_innen und Kommunist_innen. Erstaunlich selten auch werden jüdische Lesben und Schwule – die die zahlenmäßig größte Opfergruppe unter den Homosexuellen dargestellt haben dürften – genannt. «Der identitätspolitische Wahn behandelte gar Homosexuell- und Jüdischsein wie Antagonismen» (Stedefeldt 2007: 5), kritisierte der Publizist Eike Stedefeldt 2007 die Planung des im folgenden Jahr eingeweihten Berliner Denkmals für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen. Ein Stück «Appropriation Art», steht es mit seiner künstlerischen Aneignung vor allem für die politische Anmaßung der schwul-lesbischen Initiator_innen, die gegen das Denkmal für die ermordeten Jüd_innen Europas polemisiert hatten, weil es «ihre» Opfer zurücksetze: Bewusst wirkt der einsame Klotz im Zentrum Berlins wie verstoßen aus dem Arrangement der 2711 Stelen, die schräg gegenüber an die Opfer der Schoah erinnern. «Dass am Denkmal für die ermordeten Juden Europas mehr Homosexueller gedacht werden könnte als an jedwedem Homo-Gedenkort, weil von sechs Millionen ermordeten Juden schätzungsweise 300.000 homosexuell waren, lag fernab der Debatte.» (Ebd.: 5) Mindestens unausgesprochen galt immer: «Homosexuelle Opfer», das sind die, die als «arisch» klassifiziert worden waren und denen deswegen vermeintlich die volle Teilnahme an der Gesellschaft hätte zugestanden werden müssen.

Eingemeindung ins nationale Kollektiv

Erst eine akademische Arbeit, die als Meilenstein auf dem Weg zur Denkmalwerdung der Selbstsicht heutiger homosexueller deutscher Männer gelten darf, «löste» das Problem. Alexander Zinn, später Sprecher des Berliner LSVD, positionierte sich darin vorweg als Gegner selbstzweiflerischer Tendenzen in der Schwulenbewegung: Selbst wenn es, wie Manfred Herzer

«nicht mehr ausschließen wollte, so gewesen sein sollte, dass die deutschen Homosexuellen 1933 ‹sozusagen scharenweise in die Nazibewegung eintraten und dass sie ihren heterosexuellen Landsleuten darin nicht nachstanden› – erweise dies nicht gerade, wie unbedeutend ihre Veranlagung für ihr Verhältnis zum Nationalsozialismus war?» (Zinn 2007: 13)

Die Propaganda der antifaschistischen Emigration sei schuld daran, dass aus etwas, was für Zinn «aus der Perspektive des Zeitgeschichtlers für einen wiederholt behaupteten Zusammenhang zwischen Homosexualität und Nationalsozialismus keine Relevanz besitzen kann – wieso hätten die deutschen Homosexuellen klüger sein sollen, als die restliche Bevölkerung» – das «Stereotyp» des homosexuellen Nationalsozialisten werden konnte (Ebd.: 112).

Zinns Buch fügt sich ein in den seit dem Ende der Block-Konfrontation kaum noch hinterfragten Geschichtsrevisionismus. Homophobie wird ausdrücklich als *linkes* Phänomen dargestellt – kontrafaktisch, denn aus der in dieser Hinsicht wissenschaftlich unangreifbaren Arbeit geht durchaus hervor, dass sich in Deutschland allein die politische Linke durchweg für die Abschaffung des Paragraphen 175 eingesetzt hat. Dennoch hätten sich die Kommunist_innen und Sozialist_innen «mit der von ihnen gepflegten Homophobie die Möglichkeiten einer differenzierten Betrachtung» der Nazi-Bewegung verbaut (ebd.: 85). Zum Beispiel hätten sie es nicht zu würdigen verstanden, dass im Fall von SA-Chef Ernst Röhm, der in der Zeit der Weimarer Republik Mitglied des auf Homo-Bürgerrechte orientierenden *Bundes für Menschenrecht* war, «sein Kampf [!] auch ‹einer gesellschaftlichen Ordnung [galt], die an Stelle gesunder Anerkennung natürlicher Vorgänge und Erkenntnisse Heuchelei, Lüge, Verstellung, Prüderie und unangebrachte Entrüstung vorschreibt›» (ebd.: 81).

Die exilierten Antifaschist_innen hätten in ihrer Isolation die Deutschen nicht mehr verstanden. Warum sie exiliert waren, wird bei Zinn so wenig ausgeführt wie die praktische Tätigkeit des schwulen *Nazis* Röhm. So spricht Zinn zufolge «vieles dafür, dass man der Verfolgung Homosexueller bei der Gestapo generell weniger Akzeptanz durch die deutsche Bevölkerung, aber auch durch die Öffentlichkeit des Auslandes» zugeschrieben habe «als etwa antisemitischen Exzessen» (ebd.: 139f.). Und er selbst scheint diese Einschätzung zu teilen, mindestens was die in Nazi-Deutschland verbliebenen Deutschen betrifft, wenn er es etwa für plausibel hält, dass die Volksabstimmung von 1935 über die Zukunft des Saargebiets deshalb mit 90,76% für die Rückgliederung an Deutschland ausging, weil die Bevölkerung die laut Zinn von linken Emigranten betriebene «Instrumentalisierung der Homosexualität für die Kampagne zur Beibehaltung des status quo» abgelehnt habe (ebd.: 163).

Zinn ebnet damit auch in der Rückschau der Eingemeindung von Homosexuellen in den Zirkel des Nationalen den Weg, zumindest denen, die nicht aus rassistischen Gründen verfolgt wurden. Nicht nur werden längst vergangene Generationen in das Bild heutiger «schwuler» Identität eingepasst, wodurch eine nahtlose Historiographie entsteht, wie sie sonst nur für staatlich verfasste Gebiete und ethnische Gruppen geschrieben wird. Die Quasi-Ethnie der Homosexuellen – gesäubert von nicht «arischen», geschlechtsunkonformen, «erbgeschädigten», linken etc. Elementen – wird zugleich zum *von jeher* achtbaren Teil der Nation gezählt.

Eine «Schicksalsgemeinschaft»?

Als es noch darum ging, die «vergessenen homosexuellen Opfer» in Erinnerung zu rufen, musste dies vor allem in Konkurrenz zu den Opfern der Shoah geschehen, weil parallel die Debatte um das Denkmal für die ermordeten Jüd_innen Europas geführt wurde. Udo Badelt und Eike Stedefeldt dokumentierten einen Teil der Polemiken in Schwulen-Zeitschriften, in denen damals über die vermeintliche «Privilegierung» der jüdischen Opfer phantasiert wurde (Badelt/Stedefeldt 1999). Jan Feddersen hatte sich in der taz vom 20. November 1997 sogar zu der Aussage verstiegen, dass es den Homosexuellen in Wahrheit noch schlimmer ergangen sei als den Jüd_innen. Mit einem Begriff von Hannah Arendt schwenkt der Artikel für zwei Absätze zu einem Thema, das der Reflexion auf Familie Gewicht verleihen soll:

«Wer über eine Renaissance der Familie spricht, soll über Homosexualität, über die schwulen und lesbischen Kinder nicht schweigen. Es sind, nüchtern gesehen, die Parias der heterosexuellen Familie. Homosexuelle haben von der kollektiven psychischen Konstitution viel gemein mit Juden. Mitglieder beider Gruppen wissen früh, lange bevor sie einen Begriff für das Begehren des eigenen Geschlechts gefunden haben, lange, ehe sie konkret mit antisemitischen Haltungen konfrontiert wurden, daß sie anders sind als die anderen. Es gibt einen Unterschied zwischen beiden Minderheiten, und der ist zentral: Juden wußten sich als Juden familiär geschützt, Schwule oder Lesben nicht.» (Feddersen 1997: 15)

Zur Verleihung von Gewicht muss wiederum die deutsch-jüdische Philosophin herhalten:

«Als die spätere Politikwissenschaftlerin Hannah Arendt mit ihrer Familie in eine andere Stadt umzog, bekam sie vor dem ersten Tag in der neuen Schule von der Mutter eingeschärft: Sollte sie irgendjemand als Jüdin diffamieren, habe sie gefälligst umgehend wieder nach Hause zu kommen; sie, also die Mutter, werde sich umgehend beschweren – was dann in der Tat auch passierte. Dazu gibt es für einen Homosexuellen keine Entsprechung. Welcher Junge, der keine Lust auf den Werkunterricht hat und lieber Pullover stricken lernen möchte, traut sich schon, diesen Wunsch durchzusetzen? Welche Familie ist schon so modern, auf die tradierten Bilder des Männlichen und des Weiblichen verzichten zu wollen und zu können? Anders formuliert: Welcher Junge wagt schon in der Pubertät, das sexuelle Klassenziel offen zu verweigern? Umfragen deuten seit etwa zehn Jahren einen Mentalitätswandel in der deutschen Bevölkerung an. Nein, Schwule sollen nicht mehr vergast werden [!], heißt es. Das liberale Credo ‹leben und leben lassen› schließt Homos nicht mehr aus.» (Ebd.)

Derlei Ungehörigkeit scheint heute aus Sicht des schwulen Mainstreams nicht mehr notwendig zu sein. So antwortet Jörg Steinert vom Berliner LSVD am 15. Mai 2012 in einem Interview zum 20-jährigen Bestehen seiner Organisation auf die Frage «Sind Lesben und Schwule eine Randgruppe?», wie Feddersen ohne konkreten Anlass oder Zusammenhang mit dem Rest des Gesprächs, mit einem implikationsreichen Vergleich: «Sie sind eine Minderheit. Und die haben immer Auseinandersetzungen mit Mehrheiten – der [J]üdischen Gemeinde in Berlin geht es auch nicht anders.» (Reichert 2012) Was vor dem Hintergrund einer Identitätspolitik, die sich vor allem um Fördergelder für die Arbeit mit Opfern von Diskriminierung und Gewalt sorgen muss, durchaus sinnvoll erscheinen mag, muss angesichts der politischen Unbekümmertheit wenigstens erstaunen. Während in der Tat niemand durch Sicherheitsschleusen gehen muss, um in einen lesbischen Buchladen, eine schwule Sauna oder zum «ökumenischen» CSD-Gottesdienst zu gelangen, und während vor keiner Homo-Einrichtung in Deutschland Polizei postiert ist, funktioniert die Gleichsetzung von Antisemitismus und Homophobie aus schwuler Perspektive heute offenbar sehr gut. Die eine «Diskriminierung» kann in Analogie zur anderen verstanden, besprochen und angegangen werden. Vorstellungen von beständigen, in sich stimmigen Identitäten erlauben es, Statistiken über Gewalt gegen Angehörige der Gruppe zu führen oder Diversity-Maßnahmen zu fordern. Dass dazu auch die Vorstellung gehört, es gebe gemeinsame «Feinde», erwies sich bereits

2006, als der LSVD Berlin-Brandenburg gefordert hatte, den «Muslim-Test» aus Baden-Württemberg auch in Berlin und Brandenburg einzuführen. Der vielfach als «Gesinnungsschnüffelei» bezeichnete Gesprächsleitfaden umfasste bis zu seiner Abschaffung im Jahr 2011 neben Erkundigungen zu Terrorismus vor allem Fragen zu Antisemitismus und zur sexuellen Selbstbestimmung von (heterosexuellen) Frauen und schwulen Männern (vgl. Migration und Bevölkerung 2006).

Das horizontal angelegte Verständnis von Diskriminierung, das von der Betroffenheit Einzelner ausgeht, stößt dort an seine Grenzen, wo es diesen individuellen Rahmen verlassen muss: geschichtlich, strukturell, institutionell. Denn in der Tat geht es dabei nicht um Mehr- und Minderheiten, sondern um historisch *gewordene* Herrschaftsverhältnisse, die nichts mit der Anzahl oder überhaupt dem Vorhandensein von «Betroffenen» zu tun haben. Weder Antisemitismus noch Homophobie lassen sich auf verbale und/oder körperliche Gewalt im öffentlichen Raum reduzieren, auch wenn dies oft die Fälle sind, die in Tageszeitungen berichtet werden. Oft genug werden Menschen für «schwul» oder «jüdisch» gehalten oder aber sie wissen bestimmte Schmuck- und Kleidungsstücke, Verhaltensweisen oder sprachliche Besonderheiten zu vermeiden, um eben nicht *erkannt* zu werden. Den Fragen, was Homophobie und Antisemitismus als *gesellschaftliche* Phänomene sind und wer sie aus welchem Grund auf eine bestimmte Weise definiert, kommt also eine große Bedeutung zu. Demgegenüber ist es vor diesem Hintergrund zumindest zweifelhaft, von der Zu- oder Abnahme von Homophobie oder Antisemitismus zu sprechen.

Historisch setzen sich beide Phänomene in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts durch.⁴ Mit der industriellen Revolution erfährt die gesamte Gesellschaft einen fundamentalen Wandel (Verstädterung, Massenorganisationen und -medien, Formierung eines deutschen Nationalstaates, teilweise Säkularisierung etc.), der moderne Kapitalismus verdrängt rasch traditionelle Arbeits-, Lebens- und Wirtschaftsweisen, was auch einen direkten Einfluss auf die Geschlechterverhältnisse in den unteren und mittleren Klassen hat.⁵ Bei der Neudefinition und -festschreibung von Weiblichkeiten und Männlichkeiten werden nicht nur Unterschiede zwischen bourgeoisen und proletarischen Identitäten eingezogen, es wird auch zum ersten Mal das Phänomen «Homosexualität» definiert (vgl. Hirschfeld 1914: 10).

Etwa in derselben Zeit kommt das Phänomen des modernen Antisemitismus auf. Anders als der Antijudaismus, der primär christlich-religiös argumentierte, eröffnet er nicht mehr den Ausweg aus Diskriminierung und Gewalt durch die

christliche Taufe. Der moderne Antisemitismus entsteht, passend zu seiner Zeit, als biologistischer Rassismus, der auch assimilierten, zum Christentum konvertierten und/oder aus sonstigen Gründen nicht «auffälligen» Jüd_innen unterstellt, *blutsmäßig* fremd, zurückgeblieben und gefährlich zu sein. In Zeiten tiefgreifender sozialer, kultureller, ökonomischer und politischer Umbrüche und Krisen stellt er ein identitätsstiftendes Angebot zur Erklärung immer komplexer werdender Prozesse dar, das von Millionen Menschen bereitwillig angenommen wurde. Zum Teil bis heute wird argumentiert, Jüd_innen seien überdurchschnittlich intelligent beziehungsweise eine jüdische Übermacht im Hintergrund lenke die nationale wie die internationale Politik, die Weltwirtschaft und die Medien etc. Wie bei allen Formen des Rassismus wird hier über den Ausschluss von «Anderen» zugleich der Einschluss derjenigen reguliert, die dazugehören dürfen – nur dass hier die «Wir»-Gruppe als Opfer konstruiert wird, der die Jüd_innen weit überlegen seien. Während es bei anderen Formen von Rassismus – selbst bei Zuschreibung vermeintlich positiver Eigenschaften (etwa körperliche Stärke, Ausdauer und Fleiß, Sinnlichkeit oder Neigung zu Musikalität und Sport) – vor allem darum geht, den «Anderen» eine näher an der Natur orientierte, weniger vernunftgeleitete Disposition zuzuschreiben, um eigene Ausbeutung, Dominanz und Macht zu legitimieren, kommt dem Antisemitismus auch die Funktion zu, *Ohnmachtserfahrungen* ein Ventil zur Verfügung zu stellen.⁶

Es lässt sich mit einigem Recht sagen, dass die moderne deutsche Nationalidentität, wie sie Mitte des 19. Jahrhunderts erst geschaffen wurde, nicht nur vor dem Hintergrund des Kolonialismus und der transnationalen Konstruktion von «Modernität» und «Zivilisation», sondern gerade auch in Abgrenzung von Jüd_innen modelliert wurde. Dass das Deutsche Reich seine Kolonien erst in den 1880er Jahren erwarb und nach dem Ersten Weltkrieg wieder verlor, bedeutet keinesfalls, dass es außerhalb der Verhandlungen von «Europa» und Weißsein gestanden hätte.

Die Vorstellung von einer *unveränderlichen, in sich geschlossenen, weltweit agierenden, übermächtigen Gruppe* unterschied damals wie heute das antisemitische Ressentiment von homophoben Einstellungen, die sich vor allem gegen individuelle und «korrigierbare» *Verhaltensweisen* von Lesben und Schwulen richten. Bestrebungen von Schwulen, eine historische «Schicksalsgemeinschaft» mit den Jüd_innen herzustellen, müssen also nicht nur die «eigene» Kollektividentität erst fabrizieren, sondern dann auch berechnend die Unterschiede zwischen den Gruppen (und vor allem den Feindseligkeiten gegen sie) außer Acht lassen.

Schwule Staatsraison

Jasbir Puar prägt den Begriff des «Homonationalismus», der eine Tendenz in den Mainstream-Szenen Nordamerikas und Europas beschreibt, die herkömmlichen Ideale von weißer, geschlechtskonformer, heterosexueller Mittelschicht nicht (mehr) grundsätzlich in Frage zu stellen, sondern ganz im Gegenteil zu stützen, weil sich durch das *Otherring* von anderen neue Gelegenheiten für Zugehörigkeit ergeben (Puar 2007). Ein Zitat der Gruppe SUSPECT mag verdeutlichen, dass die akademische Fassung des Begriffs – für den US-Kontext wie auch für den deutschen Kontext – mit einem Aktivismus von Migrant_innen und People of Color korrespondiert.

«Jasbir Puar benutzt den Begriff «Homonationalismus», um den Versuch dieser (nicht immer erfolgreichen) Assimilierung und die damit einhergehende Erfindung einer «schwulenfreundlichen» Nation, zu beschreiben. Dies geht auf Kosten derer, deren Zugehörigkeit im Kontext des Krieges, der Grenzverschärfung und der wachsenden Kriminalisierung immer prekärer wird: alte und neue Migrant/innen sowie ihre Kinder und Enkelkinder – vor allem die, die als muslimisch identifiziert werden –, Roma und Sinti sowie andere People of Color. Es sind auch die, deren reale oder fantasierte sexuelle und Geschlechtsidentitäten (zu viele Kinder, zu wenig Geld, nicht monogam, zu früh verheiratet, zu patriarchal, zu unterdrückt) immer weniger in den nationalen Maßstab zu passen scheinen. Auf der Strecke bleiben auch queer, trans-, homo- oder bisexuell identifizierte Menschen, die nicht aufgrund ihrer Schichtzugehörigkeit, ihres Weißseins oder ihrer konformen Maskulinität oder Femininität als anständige (Ehren-) Bürger/innen durchgehen können.» (SUSPECT 2010: 3)

Das Recht auf derlei selbstvergessene Zugehörigkeit scheint vor allem dadurch einlösbar, dass eine Hierarchisierung verschiedener Bevölkerungsgruppen nicht nur billigend in Kauf genommen, sondern aktiv unterstützt wird; gesamtgesellschaftliche Emanzipation muss dort zurücktreten, wo das schwule Partikularinteresse eine Chance auf Verwirklichung erkennt. Es ist kein Zufall, dass die Geschichte der schwulen KZ-Toten und -Überlebenden nicht mit der der Sinti und Roma parallelisiert wird, mit der sie unter Umständen viel mehr Ähnlichkeiten aufweisen würde, was die Ignoranz gegenüber NS-Opfern und die Weiterverfolgung der Überlebenden im Nachkriegs-Deutschland angeht, aber auch das Ausbleiben von Entschädigungszahlungen oder die Unsichtbarkeit innerhalb von Erinnerungskultur oder Schulunterricht. Daran

zeigt sich, wie *strategisch* der Verweis auf die Schoah und ihre Überlebenden genutzt wird. Denn in der Tat ist die Parallelisierung, um in der gesellschaftlichen Hierarchie der Opfer «aufzusteigen», in keinem Fall statthaft.

Für eine Homo-Emanzipation im nationalen Kollektiv ist eine solche Identifikation indes tatsächlich und durchaus funktional. Die Berliner Republik hat Bestrebungen, die Schoah zu relativieren, nicht gelten lassen.⁷ Gerade im «Wir haben aus Auschwitz gelernt» ist im Gegenteil die Formel gefunden worden, die der neuerlich gewachsenen Bedeutung der Nation im Inland wie im Ausland zur Geltung verhelfen soll. Nicht nur der Krieg gegen Jugoslawien ist explizit eingedenk der deutschen Geschichte geführt worden, auch die Außenpolitik seitdem ist geprägt von dem Verweis auf die Lehren aus der Vergangenheit. «Menschenrechte» sind es nun, die im Mittelpunkt stehen sollen – ob es um Handelsbeziehungen, den Beitrittsprozess zur EU oder die Verleihung von Ehrenwürden geht. Dass die Figur des geläuterten Deutschland in eklatantem Widerspruch zu Waffenexporten in Krisengebiete, Abschiebungen von Roma, Morden durch deutsche Soldat_innen oder zur ausstehenden Rehabilitierung von (auch schwulen) NS-Opfern steht, stört das hegemoniale Selbstbild nicht.

Bei der Auslagerung von Homophobie wie von Antisemitismus zu Menschen, die als migrantisch und/oder muslimisch identifiziert werden, spielen schwule Meinungsbildner seit den 1990er Jahren eine wichtige Rolle. Der Zentralrat der Juden in Deutschland wird nicht müde, auf die Gefahren des antimuslimischen Rassismus und auf gemeinsame Interessen hinzuweisen, wie etwa in den Debatten um das Kopftuch oder die Beschneidung von Jungen. Demgegenüber bedient sich die «Community» einer Rhetorik gemeinsamen Leids mit «den» Jüd_innen, um eine strukturell rassistische und antisemitische Dominanzgesellschaft in ihren Grundfesten zu bestätigen. Indem sich der deutsche Homonationalismus positiv auf das «geläuterte Deutschland» bezieht, bewirkt er – gewollt oder ungewollt – vor allem eine Deutschwaschung der schwulen Szenen.

Abgesehen vom Geplänkel auf der Website der taz hat sich die vielbeschworene Zivilgesellschaft denn auch nicht mit dem Vorwurf beschäftigt, dass es bei den Feierlichkeiten des schwulen Berliner Mainstreams in Gegenwart von namhaften deutschen Politiker_innen samt Gästen aus dem diplomatischen Korps und nicht zuletzt etlichen Pressevertreter_innen zu einem antisemitischen Affront gekommen sei. Ein paar Wimpel für das homofreundliche Tel Aviv müssen eben reichen.

Die Autoren danken Yossi Bartal, Jin Haritaworn, Nanna Heidenreich und Ulaş Yılmaz sowie allen anderen kommentierenden Freund_innen für ihre kritischen Hinweise. Eventuelle Unmutsbekundungen sind jedoch ausschließlich an die Autoren zu richten.

Fußnoten:

¹ Dazu der Kölner Orientalist und Schriftsteller Navid Kermani: «Und ich kann es immer noch nicht ganz glauben, dass keine 70 Jahre nach der Schoah traditionelles jüdisches Leben in Deutschland wieder kriminalisiert und damit letztlich in die Illegalität getrieben wird. Das empört mich als deutscher Staatsbürger beinahe noch mehr, als es mich als Muslim erschreckt.» (Frank 2012) Zur sogenannten Beschneidungsdebatte im Jahr 2012 vgl. auch Çetin/Wolter 2013 sowie Çetin/Voß/Wolter 2012.

² Gemeint sind hier und im Folgenden stets ausschließlich Männer. Zur Verfolgungsgeschichte lesbischer Frauen, zur bundesrepublikanischen Debatte über lesbische Opfer des NS, ihre Repräsentation im Denkmal für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen und Hinweisen zur spärlichen Forschungsliteratur vgl. eine Stellungnahme der Lesbenberatung Berlin/LesMigraS (2010). Zudem richtete sich Verfolgung oft auf geschlechtsunkonforme Menschen, unabhängig von sexueller Orientierung oder Selbstbezeichnungen wie «lesbisch» oder «schwul».

³ In der wissenschaftlichen Literatur werden sehr unterschiedliche Zahlen genannt. Aufgrund neuerer Studien schätzt Günter Grau, dass etwa 6.000 Männer als «Homosexuelle» ins KZ gebracht wurden, von denen nur jeder Zweite das Lager überlebte (vgl. Grau 2011: 317).

⁴ Zur Geschichte, die bis ins Spanien der Reconquista reicht, vgl. aktuell Çetin 2012: 28f.

⁵ Während proletarische Frauen in weitaus größerem Maß neben den Reproduktionstätigkeiten einer Industriearbeit nachgehen mussten, waren

Frauen aus den bürgerlichen Schichten dazu angehalten, in erster Linie Ehefrau und Mutter zu sein.

⁶ Vgl. Gernot Jochheim: «Der Antisemitismus konnte im Grunde nur deshalb in den verschiedenartigsten Zusammenhängen schuldzuweisend genutzt werden, weil es tatsächlich keine Kausalitäten zwischen Juden und eben jenem Problem gab, dessen Erklärung zu liefern er vorgab. [...] [Er] diente ausschließlich den selbstdefinitorischen und identitätsstiftenden Zielen seiner Protagonisten.» (Jochheim 1999: 25f.) Es ist darüber hinaus hier nicht der Ort, weitergehende Fragen nach einer Wesensgleichheit oder -verschiedenheit von Antisemitismus und anderen Rassismen zu diskutieren.

⁷ Der Porajmos, der Genozid an den europäischen Roma, ist demgegenüber kaum ins Massenbewusstsein eingegangen, geschweige denn aufgearbeitet worden. Mit Zoni Weisz, einem niederländischen Überlebenden und Aktivist, hat zum ersten Mal im Januar 2011 ein Vertreter dieser Opfergruppe im Bundestag gesprochen. Das Denkmal für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma Europas ist erst im Oktober 2012 eingeweiht worden.

Quellenverzeichnis

Badelt, Udo / Stedefeldt, Eike 1999: Beste Citylage. In: Gigi. Zeitschrift für sexuelle Emanzipation Nr. 3 (August/September). 6f.

Bluhm, Carola 2012: Begrüßung. In: Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen (Hg.): § 175 StGB. Rehabilitierung der nach 1945 verurteilten homosexuellen Männer. Dokumentation des Fachsymposiums am 17. Mai 2011. Berlin. Online einsehbar unter http://www.berlin.de/imperia/md/content/lb_ads/gglw/veroeffentlichungen/doku28__175__bf_final__3_.pdf?start&ts=1331655131&file=doku28__175__bf_final__3_.pdf [Zugriff am 28.9.12]

Bochow, Michael 2012: Rezension von Régis Schlagdenhauffen: Triangle rose – La persécution nazie des homosexuels et sa mémoire [Paris 2011]. In: Zeitschrift für Sexualforschung 25(1). 84-87

Butler, Judith 2010: Abschrift der Rede zur Ablehnung des Zivilcourage-Preises des Berliner CSD. Online einsehbar unter <http://www.l-talk.de/gesellschaften/judith-butler-csd-nicht-antirassistisch-genug.html> [Zugriff am 20.11.12]

Çetin, Zülfukar 2012: Homophobie und Islamophobie. Intersektionale Diskriminierungen am Beispiel binationaler schwuler Paare in Berlin. Bielefeld

Çetin, Zülfukar / Voß, Heinz-Jürgen / Wolter, Salih Alexander 2012: Interventionen gegen die deutsche «Beschneidungsdebatte». Münster

Çetin, Zülfukar / Wolter, Salih Alexander 2013: Fortsetzung einer «Zivilisierungsmission». In: Jahrbuch für Islamophobie-Forschung 2013. Wien

Feddersen, Jan 1997: *Parias der Hetero-Familie*. In: die tageszeitung vom 20.11.

Finger, Evelyn 2008: 60 Jahre Israel: «Radikale Demokratie ist die einzige Politik». In: Die Zeit vom 15.5. Online einsehbar unter http://www.zeit.de/2008/21/J_Butler [Zugriff am 27.9.12]

Frank, Joachim 2012: Navid Kermani: «Aufs Diesseits fixierte Weltsicht». In: Frankfurter Rundschau vom 4.7. Online einsehbar unter <http://www.fr-online.de/politik/navid-kermani--aufs-diesseits-fixierte-weltsicht-,1472596,16542516.html> [Zugriff am 27.9.12]

Grau, Günter 2011: Lexikon zur Homosexuellenverfolgung 1933-1945. Institutionen, Kompetenzen, Betätigungsfelder. Berlin

Herzer, Manfred 1992: Hinweise auf das schwule Berlin in der Nazizeit. In: Eldorado. Homosexuelle Frauen und Männer in Berlin 1850-1950. Geschichte, Alltag und Kultur, 2., durchgesehene Auflage. Berlin. 44-47

Hirschfeld, Magnus 1914: Die Homosexualität des Mannes und des Weibes. Berlin

Jellonek, Burkhard / Lautmann, Rüdiger (Hg.) 2002: Nationalsozialistischer Terror gegen Homosexuelle. Paderborn

Jochheim, Gernot 1999: Zur Konstruktion und Funktion des antisemitischen Vorurteils. In: Berliner Institut für Lehrerfort- und -weiterbildung (Hg.): «... die vielen Morde...» Dem Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus. Teetz. 23-26

Kogon, Eugen 2004: Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager, 42. Auflage. München

LesMigraS 2010: Keine Instrumentalisierung von Erinnerungs- und Gedenkpolitik. Stellungnahme der Lesbenberatung Berlin/ LesMigraS zum Offenen Brief der Leiter_innen der KZ-Gedenkstätten. Online einsehbar unter http://www.lesmigras.de/tl_files/lesmigras/pressemitteilungen/stellungnahme_denkmal_verfolgte_homosexuelle.pdf [Zugriff am 20.11.12]

Migration und Bevölkerung (2006): Deutschland: Streit um Einbürgerungsleitfaden. Online einsehbar unter http://www.migration-info.de/migration_und_bevoelkerung/archiv/ausgaben/ausgabe0601.htm [Zugriff am 27.9.12]

Nieden, Susanne zur (2005): Die «männerheldische, heroische Freundesliebe» bleibt «dem Judengeiste fremd». Antisemitismus und Maskulinität. In: Kotowski, Elke-Vera / Schoeps, Julius H. (Hg.): Der Sexualreformer Magnus Hirschfeld. Ein Leben im Spannungsfeld von Wissenschaft, Politik und Gesellschaft. Berlin. 329-342

Osten-Sacken, Thomas von der 2012: Adorno-Preis für Hamas Fan. In: jungle-world.com am 3.6. Online einsehbar unter <http://jungle-world.com/jungleblogger/1704/> [Zugriff am 27.9.12]

Puar, Jasbir 2007: Terrorist Assemblages: Homonationalism in Queer Times. London

Reichert, Martin 2010: Gewalt gegen Schwule: *Jetzt reicht's langsam!* In: die tageszeitung vom 18.6. Online einsehbar unter <http://www.taz.de/!54213/> [Zugriff am 27.9.12]

Reichert, Martin 2012: 20 Jahre Schwulen- und Lesbenverband: «Wir wollen nicht das System sprengen». In: die tageszeitung vom 15.5. Online einsehbar unter <http://www.taz.de/!93393> [Zugriff am 27.9.12]

Sauer, Tobias 2012: Das war der CSD 2012: CSD 2012 auf neuer Route. In: Siegestsäule – queer Berlin, (Juli). Online einsehbar unter <http://www.Siegestsaule.de/Spezial/Das-war-der-CSD-2012/CSD-2012-auf-neuer-Route-Bildergalerie.html> [Zugriff am 13.8.12]

Stedefeldt, Eike 2007: Bitte lächeln. In: Gigi – Zeitschrift für sexuelle Emanzipation Nr. 47 (Januar/Februar). 5

Ströhlein, Markus 2012: Israel ist immer schuld – «Pinkwashing» als neue Kritikform: Pretty in Pink. In: Jungle World vom 28.6. Online einsehbar unter <http://jungle-world.com/artikel/2012/26/45739.html> [Zugriff am 27.9.12]

Stümke, Hans-Georg / Finkler, Rudi 1981: Rosa Winkel, rosa Listen. Homosexuelle und «Gesundes Volksempfinden» von Auschwitz bis heute. Reinbek

SUSPECT 2010: Ganz normal: Die Geschichte des Homonationalismus in Deutschland. In: Leben nach Migration – Newsletter des Migrationsrates Berlin-Brandenburg. Special: Homophobie und Rassismus. 3-6. Online einsehbar unter <http://www.migrationsrat.de/dokumente/pressemitteilungen/MRBB-NL-2010-special-Leben%20nach%20Migration.pdf> [Zugriff am 27.9.12]

Voß, Heinz-Jürgen 2013: Biologie & Homosexualität. Theorie und Anwendung im gesellschaftlichen Kontext. Münster

Wilde, Harry 1969: Das Schicksal der Verfeimten. Die Verfolgung der Homosexuellen im «Dritten Reich» und ihre Stellung in der heutigen Gesellschaft. Tübingen

Wösch, Laura 2012: Queer im Iran, queer in Berlin: «Wir sollen als Schatten leben». In: die tageszeitung vom 23.6. Online einsehbar unter <http://www.taz.de/!95941> [Zugriff am 27.9.12, Rechtschreibung korrigiert]

Zinn, Alexander 1997: Die soziale Konstruktion des homosexuellen Nationalsozialisten. Zu Genese und Etablierung eines Stereotyps. Online-Ausgabe (2007) verfügbar unter http://www.cultpress.de/alexzinn_dateien/Buch-neu2007_komplett-wasserzeichen.pdf [Zugriff am 27.9.12]

Dieser Text ist gedruckt erschienen in: Duygu Gürsel, Zülfukar Çetin und Allmende e.V. (Hg.): «Wer macht Demo_kratie. Kritische Beiträge zu Migration und Machtverhältnissen», Münster 2013: Edition Assemblage (ISBN 978-3-942885-34-8), S. 60-75.